



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.  
1886-1916  
1912**

424 (11.9.1912) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-154915](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-154915)

Abonnement: 70 Pfg. monatlich, Bringerlohn 30 Pfg., durch die Post inkl. Postaufschlag Mk. 3.42 pro Quartal. Einzel-Nr. 5 Pfg.

Inserate: Kolonial-Beile 30 Pfg. Reklame-Beile ..... 1.20 Mk.

# General-Anzeiger

der Stadt Mannheim und Umgebung

Telegramm-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“

Telephon-Nummern: Direktion und Buchhaltung 1449 Buchdruck-Abteilung ..... 341 Redaktion ..... 377 Exped. u. Verlagsbuchhdlg. 218

# Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag) Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung Eigenes Redaktionsbureau in Berlin  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für das Mittagblatt morgens 9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 3 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Handels- und Industrie-Zeitung für Südwestdeutschland; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Revue; Wandern und Reisen und Winterport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 424.

Mannheim, Mittwoch, 11. September 1912.

(Abendblatt.)

## Polnische „politische“ Vereine.

do. In der polnischen Presse wird gegenwärtig mit großer Freude ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 12. Mai ds. Js. wiedergegeben. Es handelt sich um folgendes. In Czarnikau hatte in einem katholischen Gesellenverein ein Gesellener eine „polnische Abteilung“ gegründet, die jedoch in dem Gesellenverein blieb. Die Ortspolizei, ebenso wie später der Landrat und der Regierungspräsident, verlangte von dieser Abteilung, gemäß § 3 des Vereinsgesetzes die Einreichung der Satzungen und der Namen der Vorstandsmitglieder; es handelte sich bei der einen Abteilung um einen politischen Verein, da sie eine Absonderung der Gesellen polnischer Sprache und Abstammung bezweckte und ferner beabsichtige, so die polnischen Bevölkerungssteile zu den deutschen in einen Gegensatz zu bringen; ihr Ziel sei also ein politisches. Polnischerseits wurde das bestritten; es müsse, wenn einige Gesellenvereine politische Vereine seien, der Beweis für ihre politische Tätigkeit in jedem einzelnen Falle erbracht werden. Das Oberverwaltungsgericht, das einen Verein nur für einen politischen Verein hält, wenn er sich bemüht auf die Verfassung, Verwaltung oder Gesetzgebung des Staates, auf staatliche Rechte der Bürger oder auf zwischenstaatliche Verhältnisse einzuwirken, entschied nun: zum Wesen eines politischen Vereins genügt nicht, daß er die Absonderung polnischer Gesellen bezwecke; das sei zwar ein wichtiger Umstand bei der Entscheidung, ob der Verein ein politischer sei oder nicht; aber man könne nicht ohne weiteres jeden Verein, der den Kreis seiner Mitglieder auf ein bestimmtes Volkstum beschränke, einen politischen nennen. Es müsse noch ein weiterer Umstand hinzukommen, etwa daß der betreffende Verein für die Verwirklichung der großpolitischen Ziele arbeite oder einen Verbund mit solchen Zielen angedenke. Die politische Abteilung des katholischen Gesellenvereins in Czarnikau, für die das nicht nachzuweisen sei, sei also kein politischer Verein. Ähnlich habe das Kammergericht unter 28. September 1896 entschieden, daß das Bestreben, Deutsche und Polen in Gegensatz zu bringen, auch noch nicht als entscheidend habe gelten lassen, sondern erst dann das politische Wesen des Vereins als feststehend angesehen habe, wenn es sein Ziel sei, den Gegensatz zum Deutschen zu vertiefen.

Rechtswissenschaftlich wird diese Rechtsprechung unserer höchsten Gerichte, von der die polnischen Blätter freudig sagen, daß sie für viele unserer Vereine in Zukunft eine Richtschnur sein wird, gewiß unerschütterlich sein u. natürlich kann es unpolitische Vereine, die nur aus Angehörigen eines fremden Volkstums bestehen, bei uns geben. Aber in der Ostmark liegen die Dinge so, daß für die Polen die völkische Absonderung auf allen Gebieten des öffentlichen und nichtöffentlichen Lebens geradezu das wichtigste Mittel zur Erreichung ihrer politischen Ziele darstellt. Die Erhaltung und Ausbildung ihres Volkstums, seine wirtschaftliche und geistige Erhaltung, die völkisch-politische Erziehung des polnischen Volkes, kurz, die ganze planmäßige Vereinsarbeit der Polen in den letzten Jahrzehnten, die nur die staatliche Wiedergeburt Polens vorbereiten soll, beruht auf dem Grundgedanken der Absonderung. Ein gut Teil aller politischen Arbeit bei den Polen besteht deshalb in der Förderung der Ab-

sonderung; wer erst einmal aus den deutschen oder farblosen Vereinigungen heraus- und in die polnischen hineingebacht ist, wird mit Sicherheit für den groß-polnischen Gedanken gewonnen. Und wenn es etwas Politisches ist, Jemanden für die polnischen Ziele und also für eine Umgestaltung des preussischen Staates zu gewinnen, so sind alle polnischen Vereinigungen, unter welchen Namen sie auch immer gehen mögen, im ausgesprochensten Sinne politische Vereine. Weiter scheint uns der Unterschied zwischen dem „Absondern“ und dem „Vertiefen der Gegensätze“ für die ostmärkischen Verhältnisse wenig passend; es vertieft hier eben die Gegensätze allemal, wenn an Stelle eines katholischen Gesellenvereins nun eine polnische und deutsche Abteilung entsteht. Wir wissen nicht, ob nach geltendem Recht diese besonderen Verhältnisse nicht zu fassen sind, aber es bleibt doch tief bedauerlich, daß die Rechtsprechung unserer höchsten Gerichte die Tätigkeit und Aufmerksamkeit der Verwaltungsbehörden lahm legen und den polnischen Bestrebungen Vorschub leisten muß.

## Das Parzellierungsgesetz.

Man schreibt uns:

Das so oft geforderte und ebenso oft versprochene, bisher aber immer wieder ausgebliebene Parzellierungsgesetz soll nun endlich doch vorgelegt werden! Der Ende des nächsten Monats zusammenzutretende Landtag wird, wie die „Tägl. Rundschau“ hört, den Entwurf auf dem Tische des Hauses vorfinden. Allerdings soll der ursprüngliche Gedanke, das Gesetz für die ganze Monarchie mit Ausnahmebestimmungen für die Ostmarken vorzuschlagen, fallengelassen worden sein, da er sich angeblich als nicht ausführbar erwiesen hat. Die Vorlage stellt also nur ein Sondergesetz für die Provinzen Posen und Westpreußen vor. Sie macht die Übernahme von Parzellierungen von der Genehmigung des Regierungspräsidenten abhängig und schließt sich eng an das Gesetz betreffend die Beförderung deutscher An siedlung in den Provinzen Westpreußen und Posen vom 26. April 1886 und an das An siedlungsbefreiungsgesetz vom 10. August 1904, das im § 13 b die An siedlungsgenehmigung für die Ostmarken von der Zustimmung des Regierungspräsidenten abhängig macht. Es wird natürlich der Entwurf selbst und seine Begründung abzuwarten sein, bevor man über die Ursachen der beabsichtigten Beschränkung auf die Provinzen Westpreußen und Posen Klarheit gewinnt. Mögen immerhin gewichtige Gründe dafür gesprochen haben, von einem Gesetz mit dem Geltungsbereich für ganz Preußen abzusehen, — daß die Wirkungszone des Entwurfs aber nicht wenigstens noch auf die nördliche Rauborsschicht der eigentlichen Ostmark, auf Schlesien und die am nördlichen Teile Brandenburgs und Pommerns ausgedehnt worden ist, wird vielfach Verwunderung hervorrufen. Der Ausbreitung der polnischen Siedlungsbefreiungen über die polnischen und westpreussischen Provinzialgrenzen hinaus in die anliegenden Landesteile ist doch schon andernwärts auf gesetzgeberischem Wege Rechnung getragen worden. Andererseits zeigen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse auch im weiteren Osten so erhebliche Unterschiede nicht, daß diejenigen Maßnahmen, die für Westpreußen und Posen als geeignet angesehen werden, nicht auch in den anaren-

geben Regierungsbezirken der anderen Provinzen durchführbar wären. Man wird also gespannt darauf sein dürfen, ob diese auf den ersten Blick bestreblich erscheinende Beschränkung im Entwurf eine ausreichende Erklärung findet.

Die Nachricht der „Tägl. Rundschau“, auf die obige Ziffer sich aufbaut, wird übrigens heute angeblich halbamtlich demontiert:

Nach den Erklärungen des Landwirtschaftsministers von Schorlemer befindet sich ein Parzellierungsgesetz in Vorbereitung, das nicht als ein Sondergesetz für die Ostmarken gestaltet werden soll, sondern das der überhandnehmenden Güterschlächtereien in sämtlichen Provinzen der Monarchie durch bestimmte Maßnahmen einen Riegel vorschieben will. Die Erfahrungen in anderen Staaten, wie z. B. in Bayern und in Koburg-Gotha, in denen gesetzlich bestimmte Gebühren für Güterschlächtereien eingeführt wurden, sollten hierbei verwertet werden. Von diesem Vorhaben dürfte nicht abgegangen sein, und nach Lage der Dinge könnte dies auch umso weniger angenommen werden, als ein solches Gesetz für die Ostmarken einen bestimmten politischen Charakter tragen würde, der mit den Absichten der Regierung nicht in Einklang zu bringen wäre, die einer Sondergesetzgebung ablehnend gegenübersteht. Im Hinblick auf die durchaus verschiedenartigen Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen dürfte längere Zeit für die Vorbereitung des allgemeinen Parzellierungsgesetzes notwendig sein, und in Anbetracht der kurzen Session, die dem Landtag bis zu den Neuwahlen noch bevorsteht, erscheint es ausgeschlossen, daß das Parlament sich noch in diesem Winter mit einem derartigen Entwurf beschäftigen wird.

## Politische Uebersicht.

Mannheim, 11. September 1912.

### Weitere Absagen.

Die „Köln. Volksztg.“ hatte unlängst einen Aufruf erlassen zur Gründung einer Allianz der bundesstaatlichen Regierungen, der Katholiken und der orthodoxen Protestanten zum Schutze der „christlich-konservativen“ Prinzipien gegen den ungläubigen und unchristlichen Großblod der Liberalen und Sozialdemokraten. Die Forderung dieser Allianz sollte den Eintritt in den Bund erlangen durch Zustimmung zur Aufhebung des Jesuitengesetzes. Es scheint nun aber, als ob die protestantische Orthodoxie diesen Preis doch für zu hoch hält. Wir haben gestern schon den „Reichsboten“ angeführt, der es „mit Bedauern“ ablehnt, für die Jesuiten einzutreten, heute läßt die „Kreuz- und Zeitung“ einen alten Protestanten aus Bayern zu Worte kommen, der zwar sehr für den „christlich-konservativen“ Kampf gegen den Großblod schändet, aber die Jesuiten doch nicht ins deutsche Land hineinlassen will. Dieser alte, christlich-konservative Protestant schreibt:

Vor allem ist es Herlings Stellung zum Jesuitengesetz, aus der ihm ein Strich um den anderen gedreht wird. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß v. Herlings Vorgehen in der Jesuitenfrage unsern Volkswill nicht finden kann. Den Grund dafür hat der Ober-

vom 29. August stand Graf Witte im Begriff, die japanischen Forderungen als unannehmbar zu erklären; alle Gründe für und gegen die umrittenen Punkte waren erschöpft. Baron Komura, der den russischen Unterhändlern mit der größten Hartnäckigkeit angeheft hatte, wurde plötzlich stumm wie eine Statue. Man erwartete jeden Augenblick, daß er den Abbruch der Unterhandlungen ankündigen werde. Statt dessen nahm er eine Nargette aus dem Orni und begann zu rauchen; die anwesenden Delegierten folgten seinem Beispiel. So blieb man sich volle acht Minuten gegenüber; keiner wagte das entscheidende Wort auszusprechen. Schließlich brach Komura das Schweigen und lenkte mit einer verbindlichen Phrase ein — die Situation war gerettet. Jener Tag von Portsmouth aber wird den Diplomaten, und insbesondere den Russen, wohl zeitlang im Gedächtnis bleiben.

Die früheren Umstände (mitgerechnet die verwickeltesten Querstreifen), die einen Friedensschluß erschweren, haben sich seit Jahrhunderten kaum geändert, höchstens daß die Herren Unterhändler im Zeitalter der Eisenbahnen und des Telegraphen entsprechend schnellere Arbeit leisten. Auch Eisfettenfragen spielen heutzutage glücklicherweise nicht mehr jene wichtige Rolle, wie noch etwa zur Zeit des Wiener Kongresses (1815), wo sie neben den ausgiebigen Programmen für Heile und Wälle den Hofstrassen kein geringes Kopfschütteln verursachten. Damals sah man es fast als ob die Diplomaten zunächst überhaupt nicht daran dächten, möglich bald mit dem Friedensprotokoll zu ihren Herrschern zurückzukehren. Aber hinter dieser Saumseligkeit versteckten sich mit kluger Berechnung die unerbittlichen Intriguen, die seit langem gewonnen waren und hier an Ende geknüpft werden sollten. Von der Stimmung der Gemüter gibt ein Bericht den Herr von Tolstoy an seine Regierung gleich zu Anfang der Verhandlungen, ein charakteristisches Bild. Es handelt sich um eine vorbereitende Konferenz, zu welcher der französische Geschäftsträger durch Metternich geladen worden war. „Ich stellte mich,“ so

schreibt Tolstoyrand „bei Herrn von Metternich vor zwei Uhr ein und schon fand ich die Minister der vier Höfe zur Sitzung versammelt. Ich fragte, warum ich als Einziger von der Botschaft Curer Weisheit herbeigekommen worden sei, worauf sich folgender Dialog entspann:

„Man hat in den Preliminarkonferenzen nur die Chats der Kabinets vereinigen wollen.“  
„Herr von Labrador (Spanien) ist nicht Kabinettschef und man hat ihn gleichwohl berufen.“

„Das ist darum geschehen, weil der spanische Staatssekretär gegenwärtig von Wien abwesend ist.“  
„Aber außer dem Fürsten Gortzenberg sehe ich hier Herrn von Humboldt, der keineswegs Staatssekretär ist.“

„Eine Ausnahme, welche durch das Ihnen bekannte Gebrechen des Fürsten Gortzenberg gefordert ist.“  
„Wenn es sich nur um Gebrechen handelt, so kann jeder solche haben, und es ist sein gutes Recht, sie in die Waschküchen zu werfen.“

In diesem Ton der „Unterhaltung mit Kabinettschefs“ ging es weiter. Als man Tolstoyrand schließlich das Protokoll der Vorbereitungen präsentierte, die bereits zwischen den Vertretern der verbündeten Mächte geschlossen worden waren, gelang es dem französischen Minister durch einen klugen Witz das Altentstimmte unwirksam zu machen. Er liest das Protokoll aufmerksam durch und erklärt mit der harmlosesten Miene von der Welt: „Ich verstehe nicht.“ Dies ist es nochmals, erklärt mit Anstrengung, wie jemand, der um jeden Preis in den Sinn einer Sache eindringen will, um — darauf noch einmal zu erklären: „Aber ich verstehe wirklich nicht!“ Tolstoyrand spielt die Komödie so geschickt, daß die anderen Delegierten schließlich müde werden und darauf verzichten, daß dieses Protokoll zu den „offiziellen“ Aktenstücken gerechnet werde; Metternich legt es mit feinem Lächeln hinter dem sich sein Herz

\* Gortzenberg war im höchsten Grade schwermütig.

## Seniileton.

### Wie man Frieden schließt.

Von Karol Gollé (Paris).

Die diplomatischen Unterhandlungen, die gegenwärtig zwischen der Türkei und Italien gepflogen werden, lenken wiederum den Blick auf einen der wichtigsten Vorgänge im Leben der Völker: die Beendigung kriegerischer Konflikte durch den Abschluß eines Friedensvertrages. Von der Schwierigkeit eines solchen machen sich die wenigsten einen zureichenden Begriff — hier gilt wie im Dolein des Einzelnen: es gehört nicht viel dazu, sich gegeneinander zu ergrimmen, aber schwer tritt man den „gemeinsamen Weg“ der Versöhnung. Ist jedoch selbst auf beiden Seiten der aufrichtige Wille vorhanden, der zu bewältigenden Schwierigkeiten Herr zu werden, so können, wie die Chronik lehrt, mitunter Tragen zweiten und dritten Ranges das Friedenswerk ernstlich gefördert werden. In jedem Falle gleichen die Unterhandlungen, mögen sie äußerlich noch so ruhig und korrekt vor sich gehen, in Wirklichkeit einem erbitterten Duell, nur daß statt der blühenden Wunden die ungeschliffenen geschliffenen Wunden der hohen diplomatischen Kunst die Entscheidung bringen.

Gewandtheit, List, südes Festhalten und ertene Entschlossenheit waren von jeher die Tugenden der Männer, denen die schwere und nicht selten unabhägare Aufgabe zufiel, in die Beziehungen zweier kampfslüger Völker Ordnung zu bringen. Wir brauchen nur wenige Jahre in der Beisgeschichte rückwärts zu gehen, um dafür klassische Beispiele zu finden. Als im Herbst 1906 die Friedensunterhandlungen zwischen Rußland und Japan in Portsmouth stattfanden, sah man sich eines Tages der Gefahr gegenüber, die Konferenz abzubrechen. In der bewährigen Sitzung

konfessionspräsident Dr. v. Bezel in der Reichstagskammer mit dem Wort „Gegenreformation“ angegeben. Ja, es gibt Ereignisse in der Weltgeschichte, die sich in der Erinnerung nicht so leicht auslöschen lassen. Viele, viele Jahrhunderte müssen wohl noch vorübergehen, bis die Protestanten die Märtern und Quaken ihrer Väter vergessen haben. Es genügt nicht, daß v. Hertling uns versichert, kein Jesuit denke heute an Verfolgung von Protestanten. Nur im katholischen Lager benötigt man ihre Hilfe. Wer steht uns denn dafür, daß das alte Lied nicht doch aufs neue beginnt, in anderer Form und Weise, sobald die Jesuiten im Lande sind? Ein Gesetz ist rasch aufgehoben — das Erneuern dauert meist viel länger. Es ist nicht Unfreundlichkeit gegen die Katholiken, wenn die Protestanten einmütig das Jesuiten-Verbot aufrecht zu erhalten wünschen.

Es sind also nicht nur die Großblockleute, die gegen Hertling und seine Auslegung des Jesuitengesetzes zu Felde ziehen, sondern auch gläubige Protestanten. Damit ist der Beweis erbracht, daß es sich in diesem Kampf um die Aufrechterhaltung des Jesuitengesetzes nicht um einen Vorstoß des Unglaubens handelt, wie die Zentrumsprelle sagt, sondern um etwas ganz anderes, um die Erhaltung des konfessionellen Friedens. Um dieser Staatsnotwendigkeit willen und nur um dieser willen kämpfen Liberale und Protestanten gegen die Jesuitenpolitik Hertlings und des Zentrums; würde es sich bei der Zulassung der Jesuiten um die Errichtung eines neuen „christlich-konserverativen“ Volkswerts gegen den „Aufmarsch“ handeln, so würde man die protestantische Orthodoxie doch sicher nicht an der Seite der Liberalen finden; an der Erhaltung des konfessionellen Friedens aber ist sie nicht minder interessiert als die Liberalen, die diesen starken Pfeiler des nationalen Staates nicht noch von den Jesuiten untergraben lassen wollen, da er ohnehin schon genug von den vorhandenen Jesuitenfreunden gelodert wird.

**Sozialdemokratischer Parteitag und Postbehörde.**

sh. Wie uns aus Chemnitz, dem Versammlungsplatz des diesjährigen sozialdemokratischen Parteitages, gemeldet wird, ist die Postbehörde von ihrer bisherigen ablehnenden Haltung den sozialdemokratischen Parteitagen gegenüber abgekommen und hat für den diesjährigen Parteitag ein sogen. „Kongresspostamt“ bewilligt. Bekanntlich werden seitens der Postverwaltung zu allen größeren Tagungen besondere Postämter eingerichtet, um den Telegramm- und Telegraphen- sowie den Briefpostverkehr, den solche Tagungen im Gefolge haben, bequemer besoldigen können. Bei Sängern und Turnfesten, bei wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Tagungen aller Art sind solche Postämter seit Jahren im Schwunge; für besondere Veranstaltungen dieser Art wurden sogar besondere Poststempel eingeführt, die den Namen des Kongresses aufwiesen und einen besonderen Liebhabertwert für Marken- und Markensteller haben. Dem sozialdemokratischen Parteitag aber wurde alljährlich ein solches Postamt verweigert mit dem Hinweis darauf, daß es sich um eine politische Veranstaltung handle. Von sozialdemokratischer Seite wurde demgegenüber festgestellt, daß z. B. auch für den deutschen Katholikentag, der doch gewiß ebenfalls ein politische Veranstaltung sei, stets ein besonderes Postamt eingerichtet wurde und dieses Postamt sogar ebenfalls Stempel mit der Aufschrift „Deutscher Katholikentag“ geführt habe. Darauf wurde von der Postverwaltung erwidert, daß die Tendenzen der deutschen Katholikentage doch wesentlich verschieden von denen der sozialdemokratischen Parteitage seien, und auch weiterhin die Errichtung besonderer Postämter verweigert, wodurch vor allem gelegentlich der beiden Parteitage in Jena allerlei Mißbilligungen zutage traten. Nur die Parteitage im Königreich Bayern hatte sich eines Entgegenkommens seitens der bayerischen Postverwaltung zu erfreuen und auch auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig hatte man einige Postbeamte hingesetzt, die wenigstens den Briefverkehr regelten, von besonderen Telephon- und Telegraphenanlagen jedoch abgesehen. Jetzt endlich ist man von dieser Haltung abgekommen. Denn für die Dauer des diesjährigen sozialdemokratischen Parteitages tritt sowohl für die Begrüßungsversammlung am 16. in der Sporthalle in Chemnitz wie auch für den eigentlichen Parteitag, der vom 16.—21. ds. Mts. im Restaurant „Wintergarten“ zu Schönau bei Chemnitz abgehalten wird, eine Zweipostamtstelle im Kongressplan selbst in Tätigkeit. Für die Abwicklung des Telegraphen- und Fernsprechverkehrs wurden umfassende Vorkehrungen getroffen und zahlreiche Sprechstellen eingerichtet, die zur Bewältigung des zu erwartenden starken Verkehrs bestimmt

über den misslungenen Coup weiterhaft verbirgt beiseite, und es ist nicht weiter mehr die Rede davon.

Mit solchen und ähnlichen Kniffen mußte der verschlagene Unterhändler seine keineswegs ungeschickten Gegner an der Nase herumzuführen und auf ihre Kosten den Standpunkt seines Landes zu vertreten. Wer den Grundplan zuläßt, daß in der Politik Gewalt vor Recht geht und Hinterlist vor treuherziger Ehrlichkeit, kann Herrn von Talleyrand das Prädikat eines „künftigen Diplomaten“ nicht verpassen. Kläglich in seiner Art war das Verfahren, wie er die Herrscher selbst, vor allem den Kaiser von Rußland, „in Behandlung nahm“. Die Unterhandlungen mit diesem gestalteten sich wegen des heftigen Temperaments Alexanders zu leidenschaftlichen Diskussionen, wobei Talleyrand, kaltblütig und geistesreicher wie immer, natürlich im Vorteil blieb. Als man sich eines Tages über die Gebietsabtretungen, die Rußland machen sollte, unterhielt, ereignete sich (laut den Anzeichnungen des französischen Ministers) folgende dramatische Szene. Nach einigen verbindlichen Worten äußerte der Kaiser plötzlich den Ton und sagte: „Ich behalte, was ich behalte!“

„Carre Majestät liebt nur das zu behalten, was ihr nach Gesetz und Recht zusteht.“

„Ich bin darüber mit den Großmächten einig.“

„Ich weiß nicht, ob Em. Majestät Frankreich den Rang dieser Mächte einräumt.“

„Ja selbstredend; aber wenn Sie durchaus nicht wollen, daß jeder seinen Vorteil bei der Sache findet, was beabsichtigen Sie denn?“

„Ich stelle an der Spitze das Recht — und dann erst können die Vorteile des Einzelnen.“

„Die Vorteile Europas sind das Recht.“

„Diese Rede weilt ist Ihnen fremd, Majestät, und Ihr Herz misbilligt sie.“

sind. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß durch die ablehnende Haltung der Postverwaltung lediglich die Verächterkatt der bürgerlichen Blätter benachteiligt wurden, die gezwungen sind, die Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitages an die Redaktionen und Korrespondenzbüros zu telephonieren und deren Postsendungen eine möglichst schnelle Beförderung nötig haben. Die sozialdemokratische Presse behält sich jedesmal mit eigenen Telephonleitungen und einem eigenen Parteipostamt.

**Deutsches Reich.**

— Die neuen Besitzsteuerentwürfe. Auf zahlreiche Anfragen teilt der Hansa-Bund mit, daß sicherem Vernehmen nach die neuen Besitzsteuerentwürfe nach Beendigung der Staatsberatungen, d. h. zu Anfang des nächsten Jahres, dem Reichstage zur Beratung vorgelegt werden. Bei dem lebhaften und steigenden Interesse, welches die Kreise von Industrie, Handel und Gewerbe dieser Angelegenheit entgegenbringen, sei ferner mitgeteilt, daß die Einführung irgendwelcher Sonderbelastungen nicht in Frage kommen kann. Dagegen bietet sich bei diesem Anlaß Gelegenheit, in eine Reformierung der besonders störend und drückend empfundenen Finanzgesetze, den Wünschen von Industrie, Handwerk und Handel entsprechend, wie sie auch bereits in Vorschlägen von berufener Seite zur Sprache gelangten, einzutreten. Seitens des Hansa-Bundes sind die notwendigen Vorarbeiten bereits eingeleitet worden.

— Fortschritte im Verdingungswesen. Ein Erlass des preussischen Ministers für öffentliche Arbeiten an die Behörden der Hochbau-Eisenbahn- und Wasserbauverwaltung, der sich mit allgemeinen Fragen des Verdingungswesens eingehend beschäftigt, ist soeben erschienen und wird durch den „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Der Erlass steht mit dem im Frühjahr im preussischen Abgeordnetenhaus auf Grund der Anträge Schröder und Hamm gefolgten Verhandlungen in Zusammenhang. Er geht aber über die damals erörterten Gebiete hinaus und behandelt insbesondere vom Standpunkt der für den Mittelstand zu betätigenden Fürsorge systematisch das ganze Gebiet des Verdingungswesens. Es werden erörtert die Fragen wegen der Ausarbeitung der Verdingungsunterlagen, wegen der Veröffentlichung der Ausschreibungen nach den verschiedenen Gewerbezweigen, wegen der Zuziehung von Sachverständigen, wegen der Mitteilung von Verdingungen an Handels- und Gewerbetreibende, wegen der bei der Erteilung des Zuschlags insbesondere bezüglich der Preisbemessung zu beobachtenden Grundsätze, wegen der Aufstellung von Preisverzeichnissen für die Unterhaltungsarbeiten an Hochbauten durch die Handwerkskammern, wegen der Vergabe von Arbeiten und Lieferungen an Handwerkervereinigungen und endlich wegen der Abnahme der Arbeiten usw. Der Minister schärft den Behörden genaue Beachtung der Vorschriften ein, will aber auch unläufige Arbeiten oder Lieferungen der Unternehmungen für seine Verwaltung nach Möglichkeit ausgeschlossen wissen.

**Badische Politik.**

**Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie**

gibt ein Lebenszeichen von sich, wie die konservative „Deutsche Reichspost“ mitteilt, findet am Donnerstag, den 12. September 1912, abends 1/2 8 Uhr in Karlsruhe im Klubzimmer des Restaurants „Friedrichshof“ die Generalversammlung des Landesverbandes Baden des Reichsverbandes statt. In derselben erfolgen u. a. die Vorstandswahlen, ferner der Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs Jarnack, der das Amt seit dem 1. Januar verwaltet.

**Der Krieg und die Krise der Türkei.**

**Bulgarische Schritte und Phantasien.**

\* Sofia, 9. Sept. Die Aufträge, die den bulgarischen Gesandten erteilt wurden, und deren Gespräche mit der europäischen Diplomatie über § 23 des Berliner Vertrags (der über Verwaltungsreformen in der Türkei handelt) verdrängen sich in manchen Köpfen bereits zu einer Denkschrift der bulgarischen Regierung an die Großmächte mit einem den Verhältnissen vorschlag durchdringenden Reformprogramm für Mazedonien. Wahr ist daran laut „Post. Ztg.“ nur, daß die bulgarische Regierung auf diplomatischem Wege die Aufmerksamkeit der Großmächte auf die seinerzeit von Lord Fitzmaurice ausgearbeiteten, von der Türkei genehmigten, dann aber zu den Akten gelegten organischen Statuten für die mit christlicher Bevölkerung durchsetzten türkischen Vilajets sowie auf das damalige Muster der Verwaltung Ostrumeliens gelenkt hat. Diese Statuten sehen eine gewisse Lokalautonomie vor, die jetzt vielen passen würde. Die Lesart von einem Be-

stimmten umgrenzten bulgarischen Vorschlag wird nur in Umlauf gesetzt, um die Aktivität des Kabinetts-Geschow ins Licht zu setzen und einer von Paris ausgehenden Intrige gegen den kaiserlichen Hof den Boden zu entziehen.

Das hiesige Blatt „Reich“, das mit der regierenden Nationalpartei enge Beziehungen unterhält, äußert sich heute sehr unzufrieden mit der Haltung der Triple-Entente und sucht diese mit der Drohung anzuspornen, daß Bulgarien sich mit folgendem Entwurfsplan (der den Gipfel der Phantasterei erreicht) befassen werde: Vor allem Verständigung mit Oesterreich, worauf dieses Saloniki und Westmazedonien annektiert; Bulgarien erhält Westmazedonien bis zum Barbarus mit dem Adrianopeler Vilajet; Albanien wird unter Oesterreich und Montenegro aufgeteilt; das Königreich Serbien wird aufgelöst, indem Westserbien an Oesterreich, Ostserbien an Bulgarien (als Kompensation für Westmazedonien) fällt.

**Internationaler Frauenärzte-Tag.**

sh. Berlin, 10. Sept.

In der heutigen ersten wissenschaftlichen Sitzung des internationalen Frauenkongresses, in der man sich mit der Frage der peritonealen Wundbehandlung beschäftigte, kam es zu interessanten Ausführungen über die Anforderungen, die in Bezug auf die Asepsis an den Operateur zu stellen seien. Als erster Redner sprach Professor Meyer (Kopenhagen). Er hält eine Spülung des Bauchraumes bei Operationen eher für schädlich als für nützlich, sofern es sich nicht um eine Verunreinigung durch größere Fremdkörper handelt. — Professor R. Franz (Berlin) stellte zu dem Thema eine Reihe von Zeitfragen auf, in denen es u. a. heißt: Jede peritoneale Wunde ist bakteriologisch als infiziert zu betrachten. Alle Unterleiber, die das Peritoneum (Bauchfell) nach Operationen bakteriologisch kontrollierten, haben Bakterien gefunden. Es ist unmöglich, keimfrei zu operieren. In den allermeisten Fällen haben diese eingebrachten Keime nichts, denn sie kommen in zu geringer Anzahl auf das Peritoneum, sie sind nicht virulent oder sie werden durch Schutzkräfte des Peritoneums vernichtet. Damit Keime nur in geringer Zahl und nicht virulent in die Bauchhöhle kommen, ist die peinlichste Operations-asepsis notwendig. Die Asepsis muß so sein, daß eine schädliche Infektion der peritonealen Wunden von außen ausgeschlossen ist. Instrumente und Verbandstoffe lassen sich steril desinfizieren. Gefährlich sind die Hände des Operateurs und der Assistenten. Gummihandschuhe beseitigen diese Gefahr vollkommen. Die Haut der Patientinnen läßt sich mit Jodtinktur, wenn auch nicht vollständig keimfrei machen, so doch profus genügend desinfizieren. Die Luftkeime, die gewiß einen großen Teil der in den Wunden zu findenden Keime ausmachen, sind ungefährlich. Die Hauptgefahr droht den peritonealen Wunden von Keimen, die im Körper der Patientinnen selber sitzen (Eigenkeime). Die durch diese Eigenkeime drohenden Gefahren lassen sich nur durch die Operations-technik beseitigen oder verringern. Es ist unmöglich, durch chemische desinfizierende Mittel diese gefährlichen Bakterien zu zerstören. — Eine Prophezie der Peritonitis für den Menschen hält der Redner nicht für empfehlenswert. Im Tierreich ist durch Einbringung von Kochsalzlösung, Alconoxat, Pepton, Nucleinlösung und Del in die Bauchhöhle ein Schutz gegen peritoneale Infektion erzielt worden. Für den Menschen fehlen klinisch sichere Beweise für den Nutzen solcher prophylaktischer Maßnahmen. Sie sind außerdem nicht unbedeutend. Interessant sind die Fortschritte, die Professor Brouha (Lüttich) zu dem Thema aufstellte: Das Bauchfell soll trocken gereinigt werden, das Waschen mit der physikalischen Lösung ist eher gefährlich als nützlich. Sämtliche antiseptischen Mittel sollen vermieden werden, mit Ausnahme jedoch von einer schwachen Jodtinktur, die für die Berührung der Stämme und der verdächtigen Punkte dienen kann. Jede moderne chirurgische Klinik soll zwei Operationsfälle besitzen: einen für die aseptischen und den anderen für die septischen Fälle, mit getrenntem Personal und getrennter Einrichtung. Die Anwendung von Handschuhen, besonders von Gummihandschuhen, bildet einen wirklichen Fortschritt in der Verhütung der operativen Infektion. In dieser Beziehung gibt es übrigens keine kleinen Mittel. Folgende Forderungen sind als gerechtfertigt zu betrachten: Das Verbot des Paratragens, die Masken und Binden für den Operateur und seine Schiffe, die Überwachung des Zustandes des Kopfhaars und der Hände des letzteren, Kopfen aus weißer Leinwand, das Verbot des unnötigen Sprechens beim operativen Eingriff usw. — In gleichem Sinne sprach Prof. Coumer (München), der Leibarzt der Königin Wilhelmine von Holland. Auch er hält den Erfolg der peritonealen Wundbehandlung abhängig von der Asepsis und der Technik.

**Kunst, Wissenschaft und Leben.**

**Eine Rundgebung Ernst Haeckels.**

Auf dem in Magdeburg in den letzten Tagen abgehaltenen Deutschen Montentag kam auch ein programmativische Darlegung Ernst Haeckels über Energetik und Substanz-Gesetz zur Sprache. Haeckel vertritt zunächst darauf, daß viel von einem prinzipiellen Gegensatz zwischen der monistischen Weltanschauung Dawolts und der Daeckels gesprochen worden und darauf der Monismus überhaupt als eine unklare und widersprüchliche Norm der Philosophie abgelehnt worden sei. Gerade jetzt erfordere die Wissenschaft eine solche Verwendung des Monismus-Bevorzuges eine klare und unabweisbare Feststellung der einheitlichen Weltanschauung. Der Gegensatz zwischen der energetischen Auffassung der Welt von Wilhelm Ostwald und der materialistischen Auffassung von mir erfordere geradezu gegenüber der unvollkommenen Übereinstimmung beider in den wichtigsten Punkten. Als solche können kurz folgende Grundzüge hervorgehoben werden:

„Nein, ich wiederhole: die Vorteile Europas sind das Recht!“ Da wandte ich mich gegen die holgerästelte Wand, lehnte meinen Kopf dagegen und rief, während ich gegen die Tafelung schlug: „Europa, Europa! Unglückliches Europa!“

„Über den Krieg, als auf das verdächtige, was ich besitze!“

Ich ließ meine Arme sinken und in der Haltung eines Mannes, der niederkniet, aber dessen entschlossene Miene zu sagen scheint: „unser Schuld ist es nicht“, verharrte ich stillschweigend. Der Kaiser blieb einige Augenblicke ohne das Schwert zu brechen, dann fuhr er plötzlich mit den Händen in der Luft herum, in einem Grade aufgeregt, wie ich es noch nie bei ihm beobachtet hatte und sagte: „Es ist Zeit, zum Theater zu gehen, der Kaiser erwartet mich!“ Darauf verließ er den Salon. Gleich danach kam er durch die offengelassene Tür wieder zurück, sagte mich mit beiden Händen beim Oberkörper und sagte mit plötzlich veränderter Stimme: „Adieu, Adieu, wir werden uns wiedersehen.“

Gleichen solche und ähnliche Friedensberatungen, von denen uns die Geschichte der Diplomatie zu erzählen weiß den gut geminten Szenen einer Komödie, so haben moderne Staatsmänner, wie Bismarck, durch unergiebliche Ruhe und lählberechnete Selbstbeherrschung ihre Erfolge zu erringen gewußt. Der große Kanzler verstand es, selbst keine Drohungen in eine verbindliche und nicht selten geistreiche Form zu kleiden und auf diese Weise den politischen Widersacher einzuschüchtern. Als am Vorabend des Krieges von 1866 der österreichische Vorkämpfer Graf Karolyi von ihm eine offene Erklärung verlangte, ob er (Bismarck) den Kaiserlichen Friedensvertrag zerreißen wolle, antwortete der Kanzler mit seinem Lächeln: „Nein, ich hege nicht diese Absicht, aber wenn ich sie hätte, würde ich Ihnen anders antworten.“ Das Wetterleuchten unter den bulgarischen Augenbrauen, das er dieser löcheligen Antwort folgen läßt, sagte dem Gegner genug. Wie im Privatleben, so verstand Bismarck auch in der Politik keinen Schwach, sobald es sich um Geschäfte handelte.“ Seine Unterredung

Verbandstag der selbständigen Kaufleute und Gewerbetreibender Badens.

BNC. Rastatt, 10. September.

Am letzten Sonntag fand hier der 16. Verbandstag des rührigen Verbandes selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibender Badens statt. Die Hauptversammlung war vom ganzen Lande sehr lebhaft besucht. Der Mittelpunkt der Tagung wurde durch den Vortrag des national-liberalen Landtagsabgeordneten Bürgermeister Dietrich-Kehl eingenommen, der über eine Reihe wichtiger Tagesfragen, über die Stellungnahme des Landtags und über die Wichtigkeit der Verstaatlichung unserer Wasserkraft...

Hochwasser.

Der Rhein ist über Nacht, wie wir uns heute Mittag überzeugten, wieder etwas gestiegen. Seine Wasser kommen bis zum Vorland bei den Badenställen, sodass das Schilfhaus der Militärschwimmhalle von den Wellen umspült wird. Der Damm, der den Rheinboden vom Strom abtrennt, ist bis auf die Spitzen der grünen Stämme verschwunden. Am Freilob bemerkten wir einige Sprünge im Boden, die von dem aufstrebenden Drückwasser herzurühren scheinen. Auch der Steinbau am Birkenhäuschen und die am Ausblick lebenden Wälle sind vom Wasser überflutet, das über den Radfahrweg hinaus bis an den Bahndamm dringt. Die Eingänge zum Waldpark mit Ausnahme des Fahrwegs sind durch die Heberschwemmung unzugänglich gemacht. In der Vertheilung zwischen dem Damm nach der Redarauer Landstraße und Fahrstraße haben sich bedeutende Mengen von Drückwasser angesammelt. Auch die Reichinsel steht zu Anfang völlig unter Wasser.

Aus dem Lande und Weide liegen uns noch folgende Nachrichten vor:
\* Seidelsberg, 11. Sept. Der Redar, der noch gestern Nachmittag hier ankam, ist über Nacht ganz erheblich zurückergegangen. Der höchste Wasserstand wurde gestern Nachmittag 5 Uhr mit 4.94 Meter erreicht. Heute früh zeigt der Pegel nur noch 4.65 Meter. Das Redarvorland, das gestern unter Wasser stand, ist heute zum Teil wieder frei. Auch die Siegelhäuser Landstraße ist wieder passierbar. Somit ist die größte Gefahr beseitigt, vorausgesetzt natürlich, daß der Rhein nachläßt. In Redarbach ist der Pegel des Redars von 6.30 Meter gestern Nachmittag auf 4.54 Meter heute früh zurückgegangen. Ein Döner aus Schönau teilt dem „Seidelsb. Ztbl.“ noch mit, daß das loth zu reissende Schalschiffal sehr in Mitleidenhaft gezogen ist. Der kleine Bach ist aus seinen Ufern getreten und hat großen Schaden angerichtet. Schutt und Geröll wurden von den überfluteten Wäldern auf die Weiden getragen.

Es stießen denselben einer Strecke von Steinen. Sämtliche Porzellanstücke des Dönerbaderbades und der Umgebungen sind über die Dämme gestreut. Man bedauert, daß viele Porzellanstücke mit dem Strom abwärts getrieben sind. Das schöne Tal gleicht einem See.

In Medesheim wurde durch das Hochwasser der Elsenz, Schwarz- und Söbber-entworfener Schaden angerichtet. Auf der linken Seite längs der Landstraße nach Rauer waren Weiden und Felder in einen großen See verwandelt. Das Wasser läuft jetzt langsam. In Oberheim betrug gestern der Wasserstand 5.90 Meter. Das ganze Tal ist überflutet. Große Schäden wurden von den Fluten angerichtet. Am Montagabend wurden 20 Eier Holz von dem reißenden Wind hinweggeschwemmt. Einer Nachricht aus Ditzelhorn zufolge hat auch dort der Redar seine Ufer weit überschritten und das Stauwasser des hochangestiegenen Redarsbachs überflutet die niedrigen gelegenen Stadteile. Sabirische Weiler und sämtliche Döler- und Riedplätze wurden geräumt werden; am Ditzelhorner Ufer liegende Steinbänke können nicht mehr fort und sind gefährdet. Der Wasserstand wurde für über 5.00 Meter überflutet. Die Elsenz ist fortgeführt, das jedoch bei Eningen gefährlich wieder gestiegen werden konnte. Vom oberen Redar wird gemeldet, daß der Strom über 1000 Mannmeter Überschuß mit sich führt. Der in der Ditzelhorner Gegend angerichtete Schaden ist sehr groß, viele Gärten, Weiden und weites Ackerland ist überflutet und die Ernte verdirbt.

Durch die hiesigen Regenfälle der letzten Wochen sind am Elsenzdamme der neuen Straße Stadtproleten-West-Ende große Erdmassen abgerutscht, so daß die Stadtproleten 4000 Kubikmeter, bei Haslach 5000 Kubikmeter. Der hierdurch entstandene Schaden wird auf ungefähr 15000 A geschätzt. Die Verhandlung für den 27. September vorerwähnte Eröffnung der Bahnhofsstraße nach Hagen auf 15. Oktober verschoben werden.

H.C. Griesner, 10. Sept. Der ganze Gemeinde droht eine erhebliche Hochwassererfahrung. Binnen 2 Stunden ist der Rhein um einen weiteren Meter gestiegen. Weiteres Steigen wird gemeldet.
\* Walzingen, 10. Sept. Die ungeheure Regenmenge brachte uns am Montag Nachmittag ein Hochwasser, wie es seit 1893 nicht mehr vorkam. Das ganze Rheintal von Grund bis Walzingen war ein großer See. Besonders hoch stand das Wasser im benachbarten Weisklein. Dort mußten im Laufe des Nachmittags Stadtbürger unter Führung des Stadtbauamtmanns mit einem großen Nachen gefahren werden, um die Bewohner der Mineralbäder und der Waldstraße zu befreien. Auch in Walzingen mußte in den unteren Stadtteilen der Verkehr mit Nachen bewerkstelligt werden. Große Mengen Getreide und Obst kamen angeschwemmt, selbst einige Gartenhäuser. Als heute früh das Wasser zurückgewichen war, fand man den Arbeiter Döner extruaten auf der Waldstraße liegen. Bei Nacht erlitt der Arbeiter in Walzingen, der heute ebenfalls den direkten Weg zu seiner Wohnung machen wollen und war in eine tiefe Stelle geraten.

Som unteren Rheintal, 9. Sept. Das ganze Tal zwischen Grundlach und Walzingen ist in eine See-Landschaft verwandelt. Die an der Rhein- und ihren Nebenbächen gelegenen Ortschaften sind mehr oder weniger unter Wasser gesetzt. Der Verkehr auf der Rheinstraße ist vollständig unterbrochen. Die Ueberflutung hat noch selten eine solche Ausdehnung angenommen. Das Uebel auf den Weiden wurde wasserschwammig, eine Menge Obst hat die Reife verfehlt. Die industriellen Betriebe mühen sich, zu arbeiten.

W. Hagen, 11. Sept. Das Weid des Rheins zeigte heute früh 6 Uhr einen Wasserstand von 3.10 Meter, um 10 Uhr von 3.00 Meter; oberhalb und unterhalb Mainz ist der Rhein über seine Ufer getreten. Der Rhein bringt im Gegenstand zum Rhein und Redar viel neues Wasser mit sich. In Großheim betrug der Wasserstand gestern 3.25 und heute 2.85 Meter. In Koblheim wurden gestern 3.10 und heute 2.85 Meter Wasserstand gemeldet. Der Schiffverkehr der Schleife Koblheim wurde wegen des wachsenden Wassers niedergelegt.

e. Wingen, 10. Sept. Der Wasserstand des Rheines nimmt noch immer zu. Von hier rheinabwärts sind Luft- und rechtsrheinisch die Niederrungen bis weit ins Land überschwemmt. Am hiesigen Pegel wurden heute Abend nicht weniger als 3.26 Meter Wasserhöhe abgelesen gegen 2.85 gestern Abend. Weiteres Wachsen ist zu erwarten. Die Rahe brachte heute noch größere Wassermassen als gestern.

Aus Stadt und Land.

\* Mannheim, 11. September 1912

\* Ernannt wurde Unterlehrer August Stelert an der Gewerbeschule in Vahr zum Hauptlehrer daselbst.

\* Der badische landwirtschaftliche Verein hat zur Unterstützung der Familien der beim Brande in Glasbütten Verunglückten 200 Mark zur Verfügung gestellt.

\* Neues Geld. Für rund 120 Millionen Mark neues Geld soll im kommenden Jahr neu gemünzt werden. Der Neuenanteil wird wieder auf die Zahnmarktscheide (Kronen) fallen, auch Zwanzigmarscheide sollen in beträchtlicher Anzahl neu gemünzt werden. Die Industrie hat wiederholt verlangt, daß Kronen mehr im Umlauf sein müßten. Es sollte stark an diesen Wünschen. Das Dreimarktschiff, wovon im vorigen Jahre über 5 Millionen geprägt wurden, hat sich sehr einbüßert. Es sollen daher auch in diesem Jahre von dieser Münze mehrere Millionen gemünzt werden. Von den Kupfermünzen werden am meisten die 1 Pfennigscheide geprägt. In diesem Jahre wurden nicht weniger als für 300 000 Mark geprägt; so soll es auch im kommenden Jahr sein.

\* Für die Jahresversammlung der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, die am 8. Oktober in Luchen stattfindet, ist die Tagesordnung festgesetzt. Diese sieht u. a. einen Vortrag des Herrn Handelslehrers Donnerberger aus Koblenz über die Ziele und Aufgaben des Handwerkers, um vorwärts zu kommen, vor, und einen solchen des Herrn Handwerksammerreferenten...

des Hanfer aus Mannheim über das Thema: „Der Schieds- und Ueberweisungsverkehr bei den Spar- und Einziehungsgesellschaften“.

\* Der Landesverband selbständiger badischer Schmiedemeister hält, wie schon berichtet, am Samstag, Sonntag und Montag, den 14., 15. und 16. September, in Karlsruhe seinen 5. Verbandstag ab. Die Tagung wird reichlich besucht werden, sobald es an neuen Anregungen nicht fehlen dürfte. Die Tagesordnung enthält wichtige, das Schmiedehandwerk betreffende Punkte. Die Stadtverwaltung in Karlsruhe hat in liebenswürdiger Weise den Verbandstagsbesuchern verschiedene Vergünstigungen genehmigt. Es empfiehlt sich jedem Schmiedemeister, sei er Verbandsmitglied oder nicht, zu friedlich-berauschtem Gedankenaustausch und auch zur fröhlichen Unterhaltung mit den Kollegen in Karlsruhe zu erscheinen.

\* Die Kosteneinsparungen aus der Daisenstiftung wurde den nachgenannten Brautpaaren im Betrage von je 350 Mk. verlichen: Aus dem Bezirk des Landeskommissars in Mannheim: des Jos. Dörner, Kapitäns in Wiesloch und der Elisabeth Jakobine Müller in Rupploh.

Vergnügungen.

\* Apollo-Theater. Das gegenwärtige Eröffnungsprogramm bleibt nur noch 5 Tage im Spielplan. Am Sonntag finden die zwei Abschiedsvorstellungen statt, da für Montag die Erstaufführung von „Kulolichien“ angesetzt ist. Jeder, der sich noch nicht in diesem hervorragenden Programm unterhalten, verkaufe nicht den Besuch. Wir weisen noch darauf hin, daß fünfstufige Nummern bis zum Schluß in gleicher Reihenfolge auftreten werden.

Gerichtszeitung.

\* Das Messer. Einen tiefen Groll hat der Tagelöhner Peter Kirchner von hier gegen den Zementeur Otto Schöbber, weil er seine Stieftochter geheiratet hat. Als er am 18. August, einem Sonntag, nach Hause kam, und einen allgemeinen Familienrat inszenierte, sah er in einem Zimmer Schöbber mit einem nahen Verwandten beim starkem Raufen. Schöbber suchte in zu beruhigen, er hatte aber kaum einige Worte gesprochen, da hatte er auch schon das Messer bis an das Dext im Rücken. In Anbetracht der bodenlosen Rache verurteilte das Schöffengericht Kirchner zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten.

Von Tag zu Tag.

— Selbstmord aus eigenartigen Gründen. Mainz, 11. Sept. (Priv.-Tel.) Ein 67-jähriger Zimmermann löste sich durch einen Schlag in den Kopf, weil ihm in einer Wirtschaft der Vorwurf gemacht wurde, er bezahle seine Miete nicht. Vorher wollte der Mann seine vier Kinder erschließen, wurde jedoch an diesem Vorhaben durch seine hinzukommende Frau verhindert.

— Stiefelkammer statt Fußboden. Hagen, 10. Sept. Ein komisches Mißgeschick ist einem Schneidermeister in dem Städtchen Bollmarstein passiert. Er war mit seiner Frau übereingekommen, zur Verschönerung der Wohnung den Fußboden neu zu freilegen und zwar wollte er dies, um die Sache nicht zu teuer werden zu lassen, selbst tun. Nachdem er einen Topf Fußbodenlad eingekauft hatte, machte er, um sich zu dem schweren Werke zu fügen, zunächst einmal einen Dämmerschoppen, der sich etwas lange hingog. Als er in der Abendstunde nach Hause kam, war seine Frau nicht anwesend. Am sein langes Verweilen im Wirtschaft der später heimkehrenden Gattin nicht merken zu lassen, ging er sofort mit Feuerzylinder an die Arbeit des Fußbodenfreilegens. Er bündelte darauf los, daß ihm der Schweiß vom Gesicht tropf. Günstig war das schwere Werk getan und hochbekräftigt ging der Sparanz Schneidermeister schlafen. Am anderen Morgen wurde er, der Lob- und Anerkennung gewartet hatte, von seiner Frau sehr unkonst aus dem Schlafe geweckt, die ihm mit Entsetzen die beiden neu gebirselten Stühle zeigte. Der Fußboden erschrak in tiefstem Schreck. In seinem Duseel hatte der biedere Schneidermeister am Abend vorher den Fußboden mit einem Topf Stiefelkammer verwechselt und unentwegt den Fußboden mit der Stiefelkammer gewischt. Mitleidige Nachbarn meinten, die Sache sei gar nicht so schlimm, die Fußböden müßten eben jeden Morgen, genau so wie die Stiefel, mit einer Bürste gewischt werden, um dann in hellem Glanze zu erstrahlen.

— Selbstmord eines doppelten Lebensretters. A. L. 10. Sept. Eine Tragödie aus dem Leben macht hier viel von sich reden. Vor einiger Zeit lernte auf der Elbe ein Boot, in dem sich die beiden Töchter des Kommerzienrats Alfred befanden. Die beiden jungen Damen (Schwestern in höchster Lebensgefahr, bis es schließlich einem mutigen Mann gelang, sie den Fluten zu entreißen. Der dankbare Kommerzienrat überwies dem Lebensretter seiner beiden Töchter eine ansehnliche Summe und schickte ihn noch in den letzten Tagen einen in sehr warmen Worten gehaltenen Dankbrief. Der glückliche Lebensretter hat nun anscheinend wenig Glück in der Liebe gehabt. Er war mit einem Mädchen verlobt, das er in nächster Zeit zu lösen. Dann hätte er sich als dilettierender Journalist den Vorwurf des literarischen Sensationalismus von seinen Societäten und manch plüsch-Perlen aus Schillers Feder erprobten Frauen, wie z. B. folgende drei:

- 1. Rein das ist doch zu arg. Du läufst auch selbst noch der Kontor. Von der Orgel und ach! psst auf den Klaven des Staats.
2. (Meister und Dilettant.) Melobien verleiht du noch leidlich etwas zu binden. Aber jämmerlich, Freund, bindet da Wort und Begriff.
3. (Hagen müßte der Strauß, allein er rubert vergeblich.) Ungeachtet rühret der Fuß immer den selbigen Sand.

„Barfais“ in Paris. Serge Bassot vom „Figaro“ hat Herrn Andre Messager, den Leiter der Pariser Großen Oper, der auch als Komponist einen Namen hat, gefragt, wie er sich zu der jetzt akut gewordenen „Barfais“-Frage stelle. Messagers Antwort ist in mehr als einer Hinsicht interessant, da sie Idealismus mit fähigem Geschäftsgeist zu vereinen sucht: „Ja kann nicht begreifen“, erklärte der Herr Direktor, „daß die Klausein eines Testaments durch ein Gesetz null und nichtig erklärt werden können. Mindestens in dem vorliegenden Falle. Bedenken Sie, daß Wagner vor seinem Tode in ganz bestimmter und klarer Form den Wunsch ausgedrückt hat, daß „Barfais“ Wagners, d. h. ein mit dem Gelbe seiner Freunde und Verehrer erbauter Privattheater, nicht verlassen möge. Wagner war der Ansicht, daß der Rahmen und die Atmosphäre nur dieses einen Theaters zu diesem Werke, das so eigenartig, so „anders“ ist, passen, daß nur sie ihm die Lebenskraft — im literarischen Sinne des Wortes — erhalten könnten. . . . Mit welchem Rechte verbiethet man also dem Komponisten, von jenem des Grabes sein Werk im Auge zu behalten? Mit welchem Rechte dergewaltigt man seinen Willen, vernichtet man sein Testament? „Ich glaube jedoch gehört haben“, wandte Serge Bassot ein, „daß auch Sie den „Barfais“, wenn er frei wird, zur Aufführung bringen wol-

in meinem Sinn, um die Einheit der Weltanschauung wieder herzustellen. Ihre rechte Grundlage erhält diese logische Operation durch die begründete Annahme, daß die Weltanschauung nicht anders als irgendwelche mobilisierbare Stellen des Welters sind. In dieser Auffassung verliert der scheinbare Gegensatz von mechanischer und energetischer Weltanschauung seine Bedeutung. Da ich unter „mechanischer“ Auffassung der Natur nie etwas anderes als kausale Betrachtung im Gegensatz zur teleologischen verstanden habe, ist der energetische Monismus Oswald genau so mechanistisch wie mein materialistischer Monismus.

Gemeinsam steht allen Richtungen unserer monistischen Naturphilosophie der Gedanke der Einheit in allem Wesen und Sein. Es gibt nur eine Welt und das ist die Natur, somit ist auch alle wahre Wissenschaft im Grunde Naturwissenschaft. Hieran baut sich in vollkommenster Klarheit unsere Weltanschauung auf. Viele aber erkannten ihre hohe praktische Bedeutung dadurch, daß wir unsere vernünftige Lebensführung danach gehalten. Die zahlreichen und wertvollen Anwendungen, welche die monistische Ethik und Religion auf dem Gebiete der Soziologie und Politik, der Völkergeschichte und des Rechts bereits im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts andrückt und zum Teil auch gefunden hat, zeichnerischen den hohen Titel des „monistischen Jahrtausends“ auch in ihrer Bedeutung. Gehen wir, daß dessen wahre Entfaltung diese prägnante Bezeichnung im zunehmenden Maß bedingt und daß die Entzweite des gegenwärtigen Menschentums das Licht der wahren Naturerkenntnis in weitesten Kreisen verbreiten wird, zur vollkommenen Entfaltung der menschlichen Kultur in der Vorbereitung des Wesens, Guten und Schönen.

Die Verteilung dieser Adresse wurde mit einem Beifolgebogen angeschlossen.

Goethe und Schiller über einen politisierenden Musikus.

Man mag R. Strauß als Künstler noch so hoch gebührend bewerten, mit seinen Ausfällen auf Eugen Richter, den längst entlassenen, hat er, so schreibt der B. G. überhört seine Reputation nicht gefördert. Goethes Wort: „Bilde, Künstler, rede nicht“, sollte von Richter wegen jedem Künstler aus Stammhaft geschrieben werden. Diesen Gedanken hätte auch der einstige königlich-preussische Hofkapellmeister Rob. Friedrich Reichardt, der u. a. auch Pöbler von Goethe und Schiller komponiert hatte, herkräftigen

heiratet gedachte. Vor einigen Tagen nun löſte das Mädchen die Verlobung. Der junge Menſch verſiel dadurch in Schwermut und äußerte wiederholt zu Bekannten, daß ihm das Leben nichts mehr wert ſei und daß er Selbſtmord begehen werde. Dieſe Abſicht hat der Unglückliche denn auch ausgeführt. Vor einigen Tagen fanden einige Fiſcher, die vom Fange heimkehrten, auf der Elbe ein Boot treiben. Als ſie es ins Schlepptau nahmen, entdeckten ſie in dem Boote einen bewußtloſen jungen Mann, der aus einer Kopfwunde blutete. Ein Revolver lag neben ihm. Der junge Menſch atmete zwar noch, ſtarb aber bald nach ſeiner Einlieferung ins Krankenhaus. Bei der Leiche fand man noch den Geldbetrag, den ihm der Kommerzienrat Alfeld für die Rettung ſeiner Töchter überwiesen hatte, ſowie den Dankesbrief des glücklichen Vaters.

**Durch ſidige Gaſe getötet.** Königshütte, 11. Sept. Geſtern abend 7 Uhr verfuhr auf dem Stahlwerk Königshütte der Werkmeiſter Wobulla, der Auſſeher Langosch, der Bohrarbeiter Buhl und der Maurer Gorny ohne Auftrag einen Fahrſticht, der nach dem unteren Luſtſtall führt und in dem ſich ſidige Gaſe befinden. Da die Eingefahrenen noch längerer Zeit nicht zurückkehrten, begaben ſich ein Feuerwehrgeldweibel und ein Oberfeuerwehrrmann mit Sauerſtoffapparaten in den Kanal, um ſie zu retten. Die Verunglückten wurden als Leichen geborgen. Auch die Retter waren beſinnungslos, ſind aber heute außer Gefahr. Wie von zukiünftiger Stelle mitgeteilt wird, lag eine Betriebsnotwendigkeit, den Kanal zu beſahren, in ſeiner Weiſe vor.

**Randverunglück.** Grimma, 11. Sept. Der Bureauſchreiber Bruno Teichert von der 4. Schwadron des 8. bairiſchen Chevaulegers-Regiments in Vaucaud, der als Radfahrer Vorkontrollierend leihete, geriet heute Nacht in einen Teich bei Petersdorf und ertrank. Seine Leiche wurde geborgen.

**Die Peſt.** Paris, 11. Sept. Wie aus Caſablanca gemeldet wird, ſtarb hier am 9. September ein Kranker an Peſtzeichen. 15 weitere verdächtige Fälle ſollten feſtgeſtellt ſein. Vorſichtsmaßregeln ſind ergriffen worden.

**Große Waldbrände.** Jaffa, 11. Sept. Die Wälder und Torflaen in der Umgebung ſtehen in Flammen. Das Feuer ergriff auch die Schuppen der Holzſägmühle. Mehrere umliegende Dörfer und Eisenbahngebäude ſind bedroht.

### Lezte Nachrichten und Telegramme.

**w. Darmſtadt, 11. Sept.** Der Großherzog hat der Darmſt. Hg. zufolge die durch die Offenbacher Stadtverordnetenverſammlung erfolgte Wiederwahl des ſozialdemokratiſchen Parteiangehörigen Leonhard Eigner von Offenbach zum unbefoldeten Beigeordneten der Stadt Offenbach beſtätigt.

**w. Rößerau, 11. Sept.** Der Kaiſer ließ heute vormittag bei Großhain die 1. und 3. ſächſiſche Division an ſich vorbeimarschieren. Der Kaiſer ernannte den König von Sachſen zum Generalfeldmarſchall und überreichte ihm ſelbſt den Marſchallſtab.

#### Die Fleiſchteuerung.

**w. Darmſtadt, 11. Sept.** Wie die Darmſtädter Zeitung ſchreibt, hat das Miniſterium des Innern Vertreter der Landwiſchaftskammer, der Handwerkskammer und des Fleiſchergewerbes der 5 großen Städte und 3 Landgemeinden, je einen aus drei Provinzen und der beſſiſchen Viehhändler zu gemeinſamen Verhandlungen darüber eingeladen, aus welcher Uraſache die gegenwärtige, auch in Deſſen ſich bemerkbar machende Teuerung beſteht, welchen Umfang ſie beſitzt und welche Mittel etwa zu ihrer Abhilfe in Betracht kommen könnten. Die Konferenz ſoll ſobald als möglich, nämlich ſchon in der nächſten Woche zuſammentreten.

**m. Köln, 11. Sept. (Priv.-Tel.)** Den Stadtverordneten iſt eine Denkschrift der Stadt Köln zur Fleiſchteuerung zugegangen, in der beſonders die Maßnahmen zur dauernden Verſicherung der Fleiſchverſorgung Kölns gefagt wird, daß einmal die Förderung der Gründung großer geſellſchaftlicher Mäſtereien, etwa in der Eiſel, gemeinſchaftlich mit anderen Aderperſchaften in Erwägung zu ziehen ſei. Ferner iſt zu erwägen, ob nicht die Güter der Armenverwaltung in Zukunft ſtärker für die Schweinezüchtung durch Aufnahme entſprechender Bedingungen in die Pachtverträge herangezogen werden können. Endlich empfiehlt ſich die Förderung der Schweinehaltung in den Vororten und in der unmittelbaren Umgebung der Stadt durch geeignete Maßnahmen.

**m. Köln, 11. Sept. (Priv.-Tel.)** In einer außerordentlichen Verſammlung der Kölner Wehrgewerksinnung wurde mitgeteilt, daß die Stadt Köln zunächſt 36 Stück Großvieh aus Dänemark beſtellt habe, die am Montag hier eintreffen werden. Die Stadtverwaltung wolle den hieſigen Wehrgewerksinnern anheim geben, das ausländiſche Fleiſch für die Stadt Köln zu verkaufen. Nach ſtunden-

len. — „Das iſt natürlich ganz etwas anderes“, ſagte André Meſſager lebhaft. „Nimm ich als Direktor der Ober dieſes Reſterwerk, wenn es frei wird, unſerem Publikum vorenthalten? Wenn „Parſifal“ am 31. Dezember taſächlich Gemeingut wird, wenn die beſtehende Geſetzgebung nicht durch ein beſonderes Geſetz geändert wird, werde ich mich ſelbſtverſtändlich beſorgen, das Werk auszuführen. . . . Wie ſollte ich mir auch dieſe glänzende Gelegenheit entgehen laſſen! Ich kann Ihnen ſagen, daß wir ſchon unſere Anordnungen getroffen haben, um als erſte mit der „Parſifal“-Ausführung in franzöſiſcher Sprache herauszukommen. Und das ſchon in den erſten Januartagen 1914. Ich habe bereits mit dem Verleger, der das Werk beſitzt, unterhandelt. Ich werde es mit der ganzen Sorgfalt und dem ganzen Reſpekt, den es verdient herausbringen.“

#### Kleine Mitteilungen.

Wie aus Wien berichtet wird, ſand ſich nunmehr das langgeſuchte Teſtament Baron Bergers vor, welches die Gattin des Verſtorbenen zur Uniuerſalerbin einſetzt. Außerdem ſand ſich ein reicher literariſcher Nachlaß vor, darunter einige wertvolle dramaturgiſche Abhandlungen.

Geb. Hofrat v. Schuch, dem Generalmuſikdirektor der Kgl. Hoftheater in Dresden, iſt vom König von Preußen der Rote Adler-Orden 2. Kl., dem Intendanten der Kgl. Hoftheater in Dresden, Grafen v. Seebach, der Rote Adler-Orden 1. Kl. verliehen worden.

#### Berliner Theater.

Aus Berlin wird und geſchrieben: Das königliche Schauſpielhaus brachte heute die Erſtaufführung von Albert Lindners „Wuthoſzeil“. Die Zweifel, ob es gelingen werde, die dramatiſche Schöpfung, die in den 70er Jahren einen kritiſchen Erfolg gehabt hat, wieder zu beleben, wurden durch die Aufführung widerlegt. Dem literariſch-hiſtoriſchen Intereſſe kam die angeſagte neue hiſtoriſche Darſtellung, inſofern des Herrn Clowins als König Karl, der Frau Boype als Katharina von Medici, der Herren Weisendörfer als Heinrich von Navarra u. Krausened als Coligny ſowie Böhl als Kardinal wirksam zu Niſte. Das Publikum ſorgte nicht mit dem Beifall ſowohl für die Darſtellung als für die Inſzenierung, wofür Regisseur Brud wiederholt danken konnte.

longer extregter Debatte und nachdem erklärt worden war, daß die Stadt Köln bei einer Weigerung der Wehger, den Verkauf des Fleiſches zum Selbſtkoſtenpreis von 70 Pfa. ſelbſt in die Hand nehmen werde, entſchloß man ſich, der Stadtverwaltung mitzuteilen, daß die Wehgerſchaft bereit ſei, den Verkauf des dänischen Fleiſches für die Stadt zu dem ſchlechteſten Preis zu übernehmen.

**\* Berlin, 11. Sept.** Der Reichskanzler hat gleich nach ſeiner Rückkehr eine Konferenz aller beteiligten preſſiſchen und Reichsſpreſſen in Sachen der Fleiſchteuerung einberufen. Die Konferenz findet laut „Reſ. Bl.“ heute mittag 1 Uhr ſtatt und es ſind bald Beſchlüſſe zu erwarten.

#### Militärleiſchiff „M. 3“ im Kaiſermandör.

**w. Berlin, 11. Sept.** Das Militärleiſchiff „M. 3“, das heute früh vom Tegeler Schießplatz zum Kaiſermandör abefahren war, iſt heute mittag zurückgekehrt und um 12:15 Uhr glatt auf dem Tegeler Schießplatz gelandet. Es erfüllte den ihm erteilten Auftrag vollſtändig, indem es in kriegsmäßiger Höhe von 1300 Metern ganze feindliche Stellungen überfuhr und ſehr gute Erſundungen durch Kanonenſchuß meldete.

#### Die Neutralität Dänemarks.

**\* Kopenhagen, 11. Sept.** Anläßlich des Artikels des engliſchen Flottes „Obſerver“, der für eine engliſch-dänisch-ruffiſche Allianz eintrat, erklärte der Miniſterpräſident dem Vertreter der Zeitung National Tidende, dänischerſeits liege nicht das geringſte vor, was zu den Betrachtungen des Obſerver Anlaß gebe. Der Artikel enthalte nur Phantafien der gleichen Art, wie ſie in Zwiſchenräumen bald in der einen, bald in der anderen Zeitung Europas auftauchten. Die Aufgabe Dänemarks ſei, ſich in allen Lagen neutral zu halten; die jetzige Regierung erachte es für die unumſtößliche Pflicht, dieſe Neutralität zu behaupten, wie es die früheren Regierungen taten.

#### Prinz Heinrich von Preußen in Tokio.

**\* Tokio, 11. Sept.** Prinz Heinrich von Preußen beſuchte heute vormittag den Kaiſer und nahm das Frühstück mit ihm ein. Später begab ſich der Prinz in das Trauergemach, um der aufgebahrten Leiche des verſtorbenen Kaiſers die Ehre zu erweiſen.

#### Richter Lynch.

**w. New York, 11. Sept.** In Galling (Georgia) ſtürmt geſtern eine aus 2000 Perſonen beſtehende Menge das Gefängnis eines unter dem Verdacht der Miſſchuld an einem Mordverbrechen verhafteten Negerſen und tötete dieſen. Die Würger zerſtückelten den Körper, der von zahlreichen Schüſſen durchbohrt war und ſchleppten ihn durch die Straßen. Sodann verlangte der Pöbel die Auslieferung der Mutter des Geſchädigten. Die Frau konnte ſich aber mit dem eigentlichen Mörder noch rechtzeitig retten. Blutige Kaffenkämpfe ſtehen bevor.

### Berliner Drahtbericht.

(Von unſerem Berliner Bureau.)

**□ Berlin, 11. Sept.** Der ruffiſche Gardeartilleriehauptmann Koſtewiſch, der unter dem Verdacht der Spionage feſtgenommen und gegen eine Kaution wieder freigeſetzt worden iſt, weilte einige Tage in Berlin. Heute vormittag iſt er nach Brüssel abgereiſt, um ſeinen durch die Verhaftung unterbrochenen Auftrag weiter auszuführen. Hauptmann Koſtewiſch wird das Studium der Kriegsmaſchinenfabriken im Auslande fortſetzen. Er hat bisher weder eine Anklageſchrift, noch eine Vorladung zur Verhandlung vor dem Reichsgericht erhalten. Ob er dieſer Vorladung überhaupt Folge leiſten wird, hängt nach ſeiner eigenen Angabe von der Entſcheidung der ruffiſchen Regierung ab, da die ihm vorgeſetzte Behörde erſt auf Grund des Studiums der Anklageſchrift entſcheiden wird, ob er zu dem Hauptverhandlungstermin nach Leipzig kommen ſoll. Hauptmann Koſtewiſch beſtreitet, daß er ſich in Rußland über die deutſchen Gefängnisverhältniſſe abſichtlich geäußert habe. Er ſei im Gegenteil in Moskau, wie in Leipzig in zuvorkommender Weiſe behandelt worden.

#### Der Reichskanzler wieder in Berlin.

**□ Berlin, 11. Sept.** Reichskanzler von Bethmann-Hollweg iſt heute morgen in Berlin wieder eingetroffen. Er hat damit ein ſehr reichhaltiges Reſeiprogramm erledigt. Zunächſt hat er im Juni an der Kaiſerbegegnung in Vaſſini-Port teilgenommen und im Anſchluß daran Peterſburg und Moskau beſucht. Hieraus hielt er ſich kurze Zeit in Berlin auf und begab ſich zur Jubelfeier des Panzer Krupp nach Eſſen. Von dort aus reiste der Kanzler über München nach Gaſtein, wo er bis Anfang September blieb. Es folgte eine Reiſe nach Berchtesgaden und von dort über Wien nach Buchlau, wo Herr v. Bethmann-Hollweg Ende der vergangenen Woche mit dem öſterreichiſchen Miniſter des Außern, dem Grafen Berchtold eine Zuſammenkunft hatte. Sodann fuhr Herr v. Bethmann-Hollweg auf die ſchleiſche Beſitzung des Fürſten Widnowski und von dort aus kehrte er heim.

#### Der Maffenmörder Gibſon.

**□ Berlin, 11. Sept.** Aus New York wird gemeldet: Nachdem die Leiche der Roſa Wentiſchil auf Veranlaſſung des öſterreichiſchen Generalkonſuls erhumert worden iſt, erfolgte geſtern die Unterſuchung durch die amtlichen Leichenbeſchauer. Die Autopſie ergab mit Sicherheit ſtraungulation als Todesurſache. Es wurden auch Giſſuren im Körper der Toten gefunden. Dieſer Umſtand iſt ſehr bedeutungsvoll, da Roſa Wentiſchil als eine gute Schwimmerin bekannt war. Sie hätte ſicherlich, wenn ſie, wie Rechtsanwalt Gibſon behauptet, ins Waſſer gefallen iſt, ihr Leben durch Schwimmen gerettet. Auf Grund dieſer Feſtſtellung iſt der Haftbeſehl gegen Rechtsanwalt Gibſon jetzt endlich ausgeſtellt worden und dürfte heute durch den Richter unterzeichnet werden, worauf dann ſofort die Verhaftung Gibſons erfolgen wird. Gibſon wurde geſtern auf dem Heimwege nach ſeiner Wohnung von einer großen Volksmenge beſolgt, die Drohungen und Verwünſchungen gegen ihn ausſtieß und ihn auch tödlich bedrohte, ſodas Gibſon durch die ihm bewachenden Detektive vor der Wut der Menge beſchützt werden mußte.

#### Die Scheidungsaffäre Hofrichter.

**□ Berlin, 11. September.** (Von unſerem Berliner Bureau.) Aus Wien wird gemeldet: Vor dem Bezirksgericht in Baden bei Wien fand geſtern der dritte und letzte Verſöhnungstermin in der Scheidungsangelegenheit des als Oſtmörder verurteilten früheren Oberleutnants Hofrichter ſtatt. Vor dem Gerichtsgebäude hatten ſich Hunderte von Perſonen eingefunden, um Hofrichter und ſeine Gattin zu erwarten. Kurz vor halb 3 Uhr erſchien Frau Hofrichter ſelbſt in einer Droſche. Der Richter fragte Hofrichter, ob er jetzt entgegen ſeinem biſherigen Standpunkte in die Eheſcheidung einwillige. Darauf antwortete Hofrichter: Ich bin prinzipiell einverſtanden, aber nur unter der Bedingung, daß das Kind meinen Namen be-

hält und mit meiner Familie in Verbindung bleibt. Auf die Frage des Richters an Frau Hofrichter, ob ſie abſolut nicht die Ehe mit ihrem Manne fortſetzen wolle, antwortete ſie vor Aufregung zitternd: Ich kann nicht mehr Frau Hofrichter ſein, er hat mir zu viel angetan. Am zog Hofrichter jenes Gebetbuch hervor, bei dem er ſeinerſeit ſeiner Gattin geſchworen hatte, daß er an dem Giftmorde unſchuldig ſei. Er fragte ſeine Frau, ob ſie ſich noch daran erinnern könne. Ich weiß es, erwiderte Frau Hofrichter, aber trotzdem kann ich an meinem Entſchluß nichts mehr ändern. Hofrichter beteuerte nochmals ſeine Unſchuld. Bei dieſer Szene wurde Frau Hofrichter ohnmächtig und ſie mußte ins Nebenzimmer gebracht werden. Die Verhandlung wurde in ihrer Abweſenheit fortgeſetzt.

Nach Unterfertigung des Protokolls hat Hofrichter, ſein Kind zu ſehen, was jedoch der Richter als nicht in ſeine Kompetenz gehörig ablehnte. Hofrichter beſchäftigt ſich in der Strafanſtalt gegenwärtig meiſt mit Zeichnen und Malen. Er verfertigt nämlich Altarbilder.

### Die Eingabe der Biſchöfe zum Jeſuitengeſetz.

Die „Münch. N. Nachr.“ beſtätigen eine Meldung, die wir in heutigen Mittagsblatt brachten. Sie erhalten folgende Nachricht, die geeignet iſt, ſeltſame Vorgänge hinter den Kuliffen in ein helleres Licht zu rücken:

**\* Berlin, 10. Sept.** Die angebliche Eingabe der bayeriſchen Biſchöfe in Sachen des Jeſuitengeſetzes iſt der bayeriſchen Geſandſchaft in Berlin zur Uebermittlung an den Bundesrat biſher noch nicht zugegangen.

Bis jetzt war man allgemein des Glaubens, die Eingabe, die vom 16. Juli datiert iſt, ſei bereits am 25. Juli in den Einlauf des Reichsſamts des Innern gekommen. Auch in der ſterikalen Preſſe, die zu dem Epifkopat doch die engſten Beziehungen unterhält, war biſher noch kein Sterbenswörtchen davon laut geworden, daß die Eingabe ihre Adreſſe nicht erreicht habe; im Gegenteil, gerade aus der Siegeszuverſicht der ultramontanen Stimmen mußte man ſchließen, daß die Jeſuitenpetition des Epifkopats bereits der zukiünftigen Stelle vorliege. Welche Inſtanz mag nun im Dunkel der Heimlichkeit den Biſchöfen in die Arme gefallen ſein?

Nach den „Münch. N. Nachr.“ iſt ſeit Wochen ſchon ein eifriger Notenwechſel in der Jeſuitenfrage in Gang gekommen, zwiſchen den bayeriſchen Miniſterien untereinander und zwiſchen der bayeriſchen Regierung und den Regierungen anderer Bundesſtaaten. Sollte Herr v. Hertling die Angst vor dem eigenen Mute überkommen haben?

### Frankreichs Kämpfe in Marokko.

Neue Schwierigkeiten.

**\* Paris, 11. Sept.** Wie aus Caſablanca gemeldet wird, ſoll Marrakeſch ſelbſt nicht beſetzt werden, es ſoll aber außerhalb der Stadt ein verſchanztes und gut verproviantiertes Lager errichtet werden, deſſen Beſatzung Marrakeſch mit ihren Kanonen beherrſchen würde, und dabei vollſtändige Bewegungsfreiheit behielte, um auch die umliegenden Stämme im Raum zu halten.

General Vautey beabſichtigt, Muley Juſſuſſo bald als möglich nach Marrakeſch kommen und zum Sultan auszurufen zu laſſen. Was den geplanten Aufenthalt Muley Hafids in Tanger anlangt, ſo fürchtet Vautey, daß dieſer Mänke und Verwicklungen hervorrufen könne. Er wolle deshalb die Mäſſche Muley Hafids nach Marokko möglichſt lang hinauſchieben.

Wie der Korreſpondent des „Matin“ meldet, bereitet General Vautey einen Bericht an die franzöſiſche Regierung vor, in dem er ſehr ſcharfe Vorwürfe gegen die ſpaniſchen Konſuln in Marokko erhebt. Er wirft inbeſondere dem ſpaniſchen Konſul in Agador, Soſſoa, vor, daß er ſich des eingeborenen Pöbels bediene, um die Ausruſtung Muley Juſſuſſo zum Sultan zu verhindern und daß er ferner eine eifrige Propaganda zugunſten El Hibas entfaltet habe, indem er durch Sendlinge überall verbreiten ließ, daß die Anhänger El Hibas mit Leichtigkeit die Franzoſen aus Marokko vertreiben könnten. Vautey, der ähnliche Vorwürfe auch gegen den ſpaniſchen Konſul Villa Real in Nazagan ſowie gegen den ſpaniſchen Konſul in Saſſi richtet, habe alle Beziehungen zu den ſpaniſchen Konſuln abgebrochen, die er als Feinde anſehe.

Nach den letzten Meldungen dürfte ſich der Präſident El Hibas ſüdtlich, wahrſcheinlich zu den Tabla und Ben Zajan geflüchtet haben. Man glaubt, daß er den Franzoſen von neuem erſte Schwierigkeiten bereiten werde.

### Der Krieg und die Kriſe der Türkei.

Die Kriegsgefahr auf dem Balkan.

**□ Berlin, 11. Sept.** (Von unſ. Berl. Bureau.) Die Lage auf dem Balkan geſtaltet ſich, wie aus Konſtantinobel gemeldet wird, von Tag zu Tag kritiſcher. Der Schritt Bulgariens bei den Großmächten wegen Anwendung des Berliner Vertrages auf Mazedonien wird von der Warte entſchieden als Einmüdung in unternierliche Anſehenarbeiten zurückgewieſen. Rußland ſoll den Schritt Bulgariens, den es als eine Konſequez des Vorſchlages des Grafen Berchtold hiſtellt, mißbilligt haben. An unternierter Stelle wird verſichert, der langſte bulgariſch-türkiſche Grenzwiſchenfall ſei von Bulgarien provoziert worden. Infolge der griechiſchen Kundgebungen für die Durchführung des Berliner Vertrages im Epirus beſchloß die Regierung, eine weitere Verſtärkung der Grenzpoſten vorzunehmen.

**\* Konſtantinobel, 11. Sept.** Der jüngſtlichſte Kongreß erörterte geſtern eine Abänderung derjenigen Punkte des Parteiprogramms, die ſich auf die Vorrechte der Krone beziehen. Die Majorität ſprach ſich entſchieden dafür aus, daß die Artikel 7 und 8 der Verfaſſung dahin abgeändert werden, daß dem Sultan das uneingeſchränkte Recht zuſehen ſoll, nötigenfalls die Kammer aufzulöſen.

**\* Konſtantinobel, 11. Sept.** Der biſher zurückgekehrte Wali von Koffowa gab im Miniſterrot längere Erklärungen über die Lage in Oberalbanien. Der Großweſter wohnte den beiden letzten Sitzungen frankſchöbſcher nicht bei. Die Gerüchte, die Albanen hätten fünf neue Forderungen mit einer Bewilligungsfriſt bis 17. September geſtellt, werden amtlich als unzutreffend bezeichnet. Es wird verſichert, daß die Warte beſchloffen habe, beträchtliche Truppenabteilungen nach Südalbanien zu ſchicken.







